

Otto M. Schröder Bank
Aktiengesellschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2018

OTTO M. SCHRÖDER BANK AG
GESCHÄFTSBERICHT 2018



LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die wesentlichen Geschäftsfelder der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, sind die Vermögensanlage und die Immobilien-Zwischenfinanzierung im Wohnungsbau.

Die Vermögensanlage richtet sich sowohl in der Vermögensberatung als auch in der Vermögensverwaltung an Privatkunden, Stiftungen und institutionelle Kunden. In der Zwischenfinanzierung unterstützen wir Bauträger und Investoren bei wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten in Hamburg, Berlin und auf Sylt.

Das Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber der wesentlichen Bereiche zielgerichtet abzubilden. Dafür nutzt die Bank Kennzahlen, welche eine einheitliche und effektive Steuerung unter Zugrundelegung von handels- und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften sicherstellen. Die wichtigsten Steuerungskennzahlen sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis, das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen sowie das Kundenkreditvolumen.

Für die Steuerung wird eine monatliche Betriebsergebnisrechnung sowie die Analyse der Schlüsselindikatoren im Kreditgeschäft

(monatlich) und in der Vermögensanlage (vierteljährlich) genutzt. Weitere Elemente der Gesamtbanksteuerung sind der jährliche Strategie- und Planungsprozess und das Risikotragfähigkeitskonzept.

Zur grundsätzlichen Entwicklung dieser Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr wird auf das Kapitel „Wirtschaftsbericht“ bzw. für das Jahr 2019 auf das Kapitel „Prognosen, Chancen und Risiken“ verwiesen. Durch das integrierte Steuerungssystem der Bank wird eine umfassende Betrachtung der zentralen Werttreiber hinreichend sichergestellt.

Unsere Bank zeichnen qualifizierte und kompetente Mitarbeiter aus, denen wir für ihre engagierten Leistungen und den Einsatz in einem nicht immer einfachen Geschäftsumfeld ausdrücklich danken.

Im Jahr 1932 von Otto Martin Willy Schröder in Hamburg gegründet, ist die Otto M. Schröder Bank AG heute eine der wenigen Banken in Deutschland im Familieneigentum.



2. WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Mit der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung im abgelaufenen Jahr nahm das Bruttoinlandsprodukt bereits im zehnten Jahr in Folge zu. Die solide binnenwirtschaftliche Nachfrage war dafür eine gesunde Basis. Beschäftigung, Einkommen und damit Konsummöglichkeiten nahmen ebenso weiter zu wie die Investitionen der Unternehmen. Allerdings hatte der Gegenwind vorwiegend aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld zugenommen.

Mit 1,5 % ist die deutsche Wirtschaft in etwa so schnell gewachsen wie im Durchschnitt des Zeitraums der Jahre seit 2012, aber deutlich langsamer als in den wachstumsstarken Jahren 2016 und 2017 mit jeweils 2,2 Prozent. Positive Impulse kamen hingegen von der ungebrochen hohen Nachfrage nach Arbeitskräften, aber auch von den niedrigen Zinsen.

Unsicherheitsfaktoren gab es auch in 2018 reichlich. Zum Beispiel die immer noch nicht erkennbare Vorgehensweise für den Austritt Großbritanniens aus der EU, der weiter schwelende Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China, der Dieselskandal und nicht zuletzt

die Sorge vor einer weiteren Verringerung des Wirtschaftswachstums und damit einhergehender geringerer Gewinne der Wirtschaftsakteure.

Die öffentlichen Stellen nutzten die gute Einnahmensituation erneut nicht zu einer signifikanten Rückführung der Schulden. Auch in diesem Sektor trugen steigende Ausgaben zu einem konjunkturellen Wachstum bei.

Kapitalmärkte

Nach einem Bilderbuchstart und einem Rekord von 13.597 Punkten hat der Dax ein enttäuschendes Jahr 2018 erlebt. Der Index deutscher Standardwerte sank am vorletzten Handelstag bis auf 10.279 Zähler und damit auf den tiefsten Stand seit November 2016. Der Jahresschlusskurs lag bei 10.559 Punkten um 18,3 % niedriger als ein Jahr zuvor. Für den Index bedeutete das seinen ersten Jahresverlust seit dem Jahr 2011. Als zyklischer und außenhandelsgetriebener Index litt der Dax stark unter dem weltweiten Handelskonflikt und unter den aufkommenden Sorgen bezüglich eines geringeren wirtschaftlichen Wachstums. Zudem enttäuschte die Entwicklung einiger Unternehmensgewinne. Die in Deutschland im

Zusammenhang mit dem Dieselskandal aufgekommene sehr laute Diskussion über den Schadstoffausstoß von PKWs sowie den damit verbundenen Grenzwertdebatten taten ihr Übriges.

Zu Beginn des Jahres 2018 hat es zunächst danach ausgesehen, als würden all diejenigen, die auf die große Wende am Rentenmarkt gesetzt hatten, tatsächlich recht behalten. Nach einem Start bei 0,43 % marschierte die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen recht stramm nach oben. Am 3. Februar stand der Markt bei knapp 0,81 % und die Marke von 1 % schien zum Greifen nahe. Der Stand von Februar blieb jedoch das Jahreshoch. Innenpolitisches Gezerre, Streit in der Europäischen Union, Unsicherheiten in Italien und negative Signale aus den Vereinigten Staaten von Amerika waren Gründe dafür, dass die zehnjährigen Bundesrenditen wieder deutlich nachgaben und zum Jahresende mit 0,235 % knapp halbiert zum Vorjahresultimo schlossen.

In Amerika zeichnete sich ein anderes Bild. Die zehnjährigen US-Staatsanleiherenditen starteten bei 2,43 % und erreichten über ein Jahreshoch Anfang Oktober mit 3,26 % einen Schlusstand von 2,76 %.

Der Goldpreis startete bei 1.302 US-Dollar pro Unze und schloss am letzten Handelstag bei 1.278 US-Dollar wenig verändert. Die in früheren Jahren bei fallenden Aktienkursen sehr häufig zu beobachtende

Entwicklung eines steigenden Goldpreises blieb aus. Der US-Dollar begann bei 1,20 Euro je Dollar und kostete am Jahresende 1,14 Euro.

Immobilienmärkte

Das Jahr 2018 war nochmals von unerwartet starken Preissteigerungen im Eigentumswohnungsmarkt gekennzeichnet. Laut bulwiengesa legten die Wohnungspreise um insgesamt 6,8 % zu. Dies war die fünfthöchste Steigerungsrate seit der Wiedervereinigung, die sich im Vergleich zum Vorjahr aber abschwächte. Insbesondere Grundstücke oder Immobilien mit höherem Grundstücksanteil – wie hier konkret Reihenhäuser – verzeichneten starke Preiszuwächse. Dieses betraf insbesondere die Metropolregionen. Nach wie vor reichen die Neubauten nicht aus, um den Bedarf an Wohnungen abzudecken. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Baukosten weiter stark. Ursache hierfür waren neben Facharbeitermangel und höheren Materialkosten auch die veränderten Bauvorschriften. Der Preisanstieg bei den Wohnungsmieten lag im Neubau bei 4,9 % und bei Bestandsbauten bei 3,5 %.

In Hamburg stiegen die Immobilienpreise für Eigentumswohnungen um 4,7 %. Einfamilienhäuser verteuerten sich um 8,0 %. Insgesamt gibt es in den Stadtteilen eine große Spreizung der Immobilienpreise. Die höchsten Preissteigerungen verzeichneten die Bezirke, die im niedrigen Preissegment

liegen und trotzdem eine schnelle Erreichbarkeit zur City aufweisen.

In unserem Zielmarkt Berlin fehlen laut der Investitionsbank Berlin allein in der Stadt derzeit 96.000 Wohnungen. Unter der Berücksichtigung von Umzügen und Modernisierungen erhöht sich das Defizit auf 135.000 Wohnungen. Dagegen werden jährlich nur 16.000 Wohnungen fertiggestellt. Dieses entspricht zwar der höchsten Bauintensität seit über 20 Jahren, jedoch würde der Abbau des Wohnungsmangels mehr als acht Jahre dauern. Gleichzeitig verzeichnet die Metropolregion aber nach wie vor einen Bevölkerungszuwachs.

Mieten und Kaufpreise in Berlin stiegen indessen ungebremst weiter. Dem „Wohnatlas“ der Postbank zufolge, verzeichnete Berlin unter den sieben größten Metropolen mit einer Steigerung von 11,4 % den steilsten Preisanstieg.

Der Immobilienmarkt auf der Insel Sylt hat sich nach unseren Beobachtungen gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert.

Geschäftsentwicklung unserer Bank

Unsere beiden wesentlichen Geschäftsbereiche, die Zwischenfinanzierung von Wohnimmobilien und die Vermögensanlage, haben sich im Geschäftsjahr 2018 insbesondere vor dem Hintergrund der regulatorischen Veränderungen zufriedenstellend entwickelt.

Die Vermögensberatung litt unter den neuen Anforderungen von MiFID II, welche zu einem deutlichen Rückgang der Handelstransaktionen führten. Dagegen konnten wir die individuelle Vermögensverwaltung durch Gewinnung von Neukunden und Umschichtung von Beratungsmandaten deutlich ausbauen.

Im Kreditgeschäft hat der Immobilienmarkt in Berlin seine starke Bedeutung für unser Haus bestätigt. Weit mehr als die Hälfte unseres Immobilienkreditvolumens entfällt nach wie vor auf diese Region. In Hamburg konnten wir eine Vielzahl kleinerer Projekte begleiten, während die Finanzierungen auf Sylt überschaubar blieben.

Insgesamt übertraf die geschäftliche Entwicklung unsere Erwartungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Am Bilanzstichtag lagen unsere Kundenforderungen mit 228,7 Mio. Euro um 10,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert und um 7,3 Mio. Euro unter dem Planwert. Unter Einbeziehung von Bürgschaftsverpflichtungen und offenen Kreditzusagen weisen wir ein um 8,1 Mio. Euro niedrigeres Kundenkreditvolumen von 258,3 Mio. Euro aus. Das durchschnittliche Kundenkreditvolumen hingegen entwickelte sich etwas besser als prognostiziert und stieg um 12 %.

Vor dem Hintergrund des verminderten Bestands der Kundenforderungen zum Bilanzstichtag reduzierten sich unsere zur Refinanzierung dienenden Kundeneinlagen um 3,8 Mio. Euro auf 211,0 Mio. Euro.

Die Eigenmittel unserer Bank betragen nach den aus dem Ergebnis zugeführten Beträgen (einschließlich Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB) sowie der vorgeschlagenen weiteren Dotierung der Gewinnrücklagen durch die Hauptversammlung 48,3 Mio. Euro; dieses entspricht einer Erhöhung um rund 14 %. Die Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betrug am Bilanzstichtag 15,0 %, die Kernkapitalquote 13,9 %.

Die Otto M. Schröder Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit in

der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquidität haben wir durchgängig eingehalten.

Das operative Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern, Wertberichtigungen sowie Zuführungen zur Rücklage nach § 340g HGB) von 11,9 Mio. Euro liegt um 0,4 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Das Zinsergebnis, das fast ausschließlich auf das Kundenkreditgeschäft entfällt, konnte um rund 11 % auf 14,6 Mio. Euro gesteigert werden und entspricht damit der Planung. Dabei wurde die wie erwartet leicht gesunkene Zinsspanne durch ein höheres durchschnittliches Kreditvolumen überkompensiert.

Das Provisionsergebnis verminderte sich um 12 % auf 3,9 Mio. Euro. Die Vermögensanlage konnte das Vorjahresniveau trotz negativer Auswirkungen der regulatorischen Anforderungen im Beratungsgeschäft durch den weiteren Ausbau der individuellen Vermögensverwaltung halten. Im Kreditgeschäft ergaben sich dagegen die erwarteten deutlichen Provisionsrückgänge.

Das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr um 10 % gestiegen.

Die Verwaltungskosten unserer Bank stiegen um 20 % auf 6,7 Mio. Euro. Die Ver-

änderung des Postens ist überwiegend durch Einmalaufwendungen für eine Pensionszusage verursacht.

Die Abschreibungen auf wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere in Höhe von 0,5 Mio. Euro resultieren aus einem Einzelsachverhalt.

Die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft verminderte sich um 2,0 Mio. Euro, da gegenüber dem Vorjahr deutlich geringere Nettozuführungen vorgenommen werden mussten. Die gebildeten Einzelwertberichtigungen decken die bestehenden Risiken im Kreditportfolio nach unserer Einschätzung ausreichend ab. Daneben haben wir den Fonds für allgemeine Bankrisiken weiter erhöht.

In der Steuerposition spiegeln sich auch die unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäbe zwischen Handels- und Steuerrecht in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen wider.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt 4,0 Mio. Euro (Vorjahr 3,6 Mio. Euro). In die anderen Gewinnrücklagen haben wir vorab 1,5 Mio. Euro eingestellt, so dass sich unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags ein Bilanzgewinn von knapp 2,6 Mio. Euro ergibt. Es ist beabsichtigt, daraus weitere 2,2 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,3 Mio. Euro als Dividende auszuschütten.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank AG ist geordnet.

3. BERICHT ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Die Risikopositionen unserer Bank sind überwiegend im Bereich der Adressenausfallrisiken angesiedelt. Daneben bestehen Liquiditäts-, Kurs- sowie operationelle Risiken.

Im Risikodeckungskapital wird, wie im Vorjahr berichtet, nicht mehr das komplette, sondern nur noch ein Teil des geplanten operativen Ergebnisses angesetzt. Dieses soll das Risiko in dieser Position minimieren, die Planung nicht einhalten zu können. Abweichungen zwischen Planung und tatsächlich erzielten Ergebnissen werden im Rahmen der Betriebsergebnisrechnung monatlich überwacht.

Zinsänderungsrisiken sind nur in geringem Maße vorhanden, namentlich im Rentenportfolio, da wir weder Kredite mit langen Laufzeiten noch zu festen Zinssätzen ausreichen. Mit der Passivseite besteht im Übrigen grundsätzlich Fristenkongruenz.

Währungsrisiken bestehen nicht. Wir führen ausschließlich Kundenaufträge im Kassa- und Terminmarkt aus und betreiben keinen Devisenhandel auf eigene Rechnung.

Geschäfte in Finanzderivaten schließen wir im Auftrag unserer Kunden ab. Einen Eigenhandel in Finanzderivaten haben wir im Berichtsjahr nicht betrieben.

Wir benutzen zur Messung und Steuerung der Risiken ein strategisches Controlling. Die Ziele der Risikopolitik legt der Vorstand unter Beachtung einer rendite- und risikoorientierten Ausrichtung der Bank fest.

Das von uns erstellte Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtbanksteuerung wird stetig überprüft und an neue regulatorische Anforderungen angepasst. Unverändert verwenden wir den Going-Concern-Ansatz, der von einer Fortführung der Geschäftstätigkeit ausgeht. Unser Risikotragfähigkeitskonzept umfasst alle Bereiche der Bank und deckt erwartete sowie unerwartete Verluste ab. Im Mittelpunkt stehen dabei Limitierung, Überwachung sowie Management der jeweiligen Risiken. Die Limite haben wir so festgelegt, dass selbst bei Kumulierung aller Risiken die Bank die Eigenmittelanforderungen der CRR erfüllen würde und in ihrem Bestand nicht gefährdet wäre.

Aufgaben unseres Risikocontrollings sind die Erfassung und zeitnahe Bewertung der Adressenausfall-, Liquiditäts-, Kurs-, Zinsänderungsrisiken sowie operationeller Risiken. Entsprechend erfolgt die Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie die interne und externe Risikoberichterstattung. Mit der Einführung

von Frühwarnindikatoren sollen nicht erwartete Marktentwicklungen frühzeitig erkannt werden. Extrem starke und schwerwiegende Marktreaktionen bis hin zu einem schweren konjunkturellen Abschwung werden in Stresstests abgebildet und monatlich ihre Auswirkungen auf die Adressenausfall-, Liquiditäts-, Kurs- und Zinsänderungsrisiken sowie das Planergebnis bemessen. Auch hier wird der Going-Concern-Ansatz angewendet und damit die Fortführung der Geschäftstätigkeit angenommen.

Im Rahmen von inversen Stresstests haben wir die Risikoarten Marktpreisrisiken, Adressenausfallrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken auf für die Bank bestandsgefährdende Ereignisse untersucht. Dabei werden Szenarien konstruiert, in denen die ökonomische Risikotragfähigkeit gefährdet ist und wir die regulatorischen Eigenmittelanforderungen der CRR inklusive zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie der Risikozuschläge im Rahmen der SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) nicht mehr einhalten oder unseren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze verfolgt.

Adressenausfallrisiken

Zu den Adressenausfallrisiken zählen neben jenen des klassischen Kreditgeschäfts auch Länderrisiken und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Adressenausfallrisiken bestehen in unserem Haus überwiegend wegen möglicher Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder den völligen Ausfall von Kundenforderungen entstehen könnten. Die vorgenommene Risikovorsorge deckt nach unserer Einschätzung wahrscheinliche Verluste in unserem Kreditportfolio ab. Sämtliche Informationen, die uns bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses zur Verfügung standen, haben wir in unsere Risikobetrachtung einbezogen. Entsprechend unserer Kreditrisikostategie haben wir ein Risikoklassifizierungsverfahren implementiert, das in 16 Risikoklassen aufgeteilt ist und ein detailliertes Abbild unserer Kreditrisiken bietet. Es berücksichtigt sowohl die Bonität des Kreditnehmers als auch die Kreditsicherheiten. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden die Blankoanteile der Risikoklassen mit ihren Ausfallquoten bemessen. Die Bewertung der Sicherheiten erfolgt nach einem einheitlichen, in unserer Bank standardisierten Verfahren. Mit einem pauschalen Ansatz werden die zusätzlichen

Risiken von Wertverlusten bei Sicherheiten und die Verschlechterung des Kreditratings quantifiziert. Daneben werden unerwartete Risiken im Kreditportfolio unserer Bank mittels des Modells CreditRisk+ berechnet. Der CVaR (Credit-Value-at-Risk) stellt das unerwartete Verlustrisiko dar und wird monatlich ermittelt. Für potenzielle und zum Bilanzstichtag noch nicht identifizierbare Adressenausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Durch die Variation von Ausfallquoten und der Entwicklung von Sicherheitenwerten wird das Adressenausfallrisiko in diversen Szenarien gestresst. Dieses Vorgehen soll gewährleisten, dass die eingegangenen Risiken die Fortführung des Bankgeschäfts in keinem Fall gefährden.

Die Überwachung auf Risikoklassenebene erfolgt täglich. Zusätzlich bestehen auf Einzelkreditnehmerebene wöchentliche und monatliche Kontrollen. Daneben erstellt unser Risikocontrolling vierteljährlich einen Risikobericht, der gesamtgeschäfts- und kreditnehmerbezogene Informationen sowie eine Beurteilung der Risikosituation enthält.

Unsere Kontrahentenrisiken sind nur gering. Auch Länderrisiken bestehen nur in unbedeutendem Ausmaß.

Im Rahmen des Adressenausfallrisikos betrachten wir auch das Risiko aus unseren Beteiligungen und aus unseren Beständen an marktengen Aktientiteln. Beide Volumi-

na zusammen betragen weniger als 3 % unserer Eigenmittel.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken reservierten Limite auf 19,0 % des Risikodeckungskapitals. Das auf diese Risikoart aus der freien Risikodeckungsmasse allokierte und regelmäßig überwachte Limit ist mit 67,2 % ausgelastet.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Fall einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) beziehungsweise Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen veräußert werden können (Marktliquiditätsrisiko). Wir beachten die externen Rahmenbedingungen und steuern entsprechend unsere Liquidität.

Unsere Refinanzierung erfolgt im Wesentlichen in Form von kurzfristigen Sicht-, Spar- und Termineinlagen von Kunden. In Ausnahmefällen wird kurzfristige Liquidität bei anderen Kreditinstituten aufgenommen.

Um zu jedem Zeitpunkt die Begleichung von Zahlungsverpflichtungen durch liquide Mittel gewährleisten zu können, werden monatlich zusätzlich in vier Modellen mögliche Veränderungen im Zahlungs- und Ab-

rufverhalten unserer Kunden untersucht. Für Fälle, in denen Liquiditätsengpässe bestehen sollten, wurden Maßnahmen für die Generierung zusätzlicher Zahlungsmittel festgelegt.

Unter den Annahmen von Zahlungsmittelzu- und -abflüssen sind in der monatlich durchgeführten Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) keine strukturellen Liquiditätsprobleme erkannt worden. Die im Geschäftsjahr geltende aufsichtsrechtliche Untergrenze von 100 % haben wir eingehalten. Zum Jahresende betrug die Kennziffer 294 %.

Kurs- und Zinsänderungsrisiken (Marktpreisrisiken)

Unter Kursrisiken werden die Wertschwankungen des Wertpapierportfolios verstanden, die aufgrund sich ändernder Marktpreise und -parameter wie Zinsen, Wechselkursen und Volatilitäten entstehen können. Daneben bestehen Marktpreisrisiken, die sich aus Zinsänderungen ergeben und sowohl das Zinsergebnis als auch den Wert von zinsabhängigen Finanzanlagen beeinflussen können.

Um potenzielle Marktwertverluste zu begrenzen, haben wir im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts ein Verlustlimit für Kursrisiken auf Basis eines Risikokapitals festgelegt. Die Einhaltung des Limits wird von uns täglich überwacht. Daneben haben wir ein Limitsystem, welches volumenbegrenzend auf unsere eigenen Akti-

enbestände wirkt und somit zusätzlich die Kursrisiken limitiert. Darüber hinaus messen wir Kursrisiken mittels der Value-at-Risk-Methode. Diese kennzeichnet jenen theoretischen Verlust, der innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums und Konfidenzniveaus bei unterstellten Veränderungen von Marktparametern auftreten könnte.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für Kursrisiken reservierten Limite auf 1,1 % des Risikodeckungskapitals. Das auf diese Risikoart aus der freien Risikodeckungsmasse allokierte und regelmäßig überwachte Limit ist mit 40,5 % ausgelastet.

In monatlich durchgeführten Stress-Szenarien ermitteln wir Höchstwerte möglicher Verluste für einen Zeitraum, in dem sehr starke Marktverwerfungen vorkommen könnten. Die Szenarien wurden so festgelegt, dass zumindest die in der Vergangenheit gemessenen jährlichen maximalen Indexveränderungen abgebildet werden.

Zinsänderungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Ihr Risikovolumen ist unwesentlich, weil nur sehr geringe Fristentransformationen und Zinsfestschreibungen von grundsätzlich maximal 3 Monaten eingegangen werden. Die barwertigen Auswirkungen der zu simulierenden Zinsschockszenarien der BaFin (+/- 200 bp) werden monatlich berechnet und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind jene, die durch Unzulänglichkeiten und Fehler in Geschäftsabläufen, Projekten oder bei mangelhaften Kontrollen sowie durch Betrug entstehen könnten. Als mögliche Ursachen kommen beispielsweise Mitarbeiter, Mängel in der Technologie oder organisatorischen Strukturen in Frage.

Durch interne Richtlinien, Festlegung von Zuständigkeiten und konsequente Kontrollen überwachen wir diesen Risikobereich. Jährlich werden die Abläufe auf ihr Risikopotenzial untersucht und Höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Es wird festgestellt, ob risikoreduzierende Maßnahmen vorhanden und ausreichend sind. Hierzu zählt auch die Überprüfung des bestehenden Versicherungsumfangs. Unsere Verträge und Formulare passen wir stets an geänderte gesetzliche Vorschriften an. Schäden werden in einer Datenbank dokumentiert und klassifiziert. Gegebenenfalls werden Maßnahmen eingeleitet, um Schäden in Zukunft zu begrenzen.

In Höhe der ermittelten Risiken wurde Risikodeckungskapital reserviert. Im Falle von Stresssituationen erhöht sich der reservierte Betrag auf das Doppelte.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für operationelle Risiken reservierten Limite auf 0,7 % des Risikodeckungskapitals. Der auf diese Risikoart aus der freien Risikodeckungsmas-

se allokierte und regelmäßig überwachte Betrag erhöht in Gänze die Auslastung des Risikodeckungskapitals.

Für laufende Rechtsstreitigkeiten und für mögliche Auswirkungen von BGH-Urteilen haben wir ausreichend Vorsorge getroffen.

Zusammenfassung der Risikolage

Ausgangspunkt unserer Risikosteuerung sind die Vorgaben des Risikotragfähigkeitskonzepts. Hierbei berücksichtigen wir Budgetplanung, Eigenkapitalausstattung, stille Reserven sowie erwartete und unerwartete Verluste aus allen Risikosegmenten. Das Konzept wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Unser Controlling überwacht täglich die Kursrisiken, die Kapitalausstattung sowie die Kapitalquoten der CRR und die Liquiditätskennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR). Monatlich werden Stresstests bei den Adressenausfall-, den Kurs- und den Liquiditätsrisiken sowie Abweichungen von der Ergebnisplanung durchgeführt. Darüber hinaus werden quartalsweise im Rahmen unseres Risikoberichts die Adressenausfallrisiken aus Bestands- und Neugeschäften auf Gesamtportfolioebene analysiert und beurteilt. Damit unterliegen die wesentlichen Risiken der Bank einer systematischen und permanenten Überwachung und Analyse.

Insgesamt ist das nach Berücksichtigung des zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen

Eigenmittelanforderungen vorzuhaltenden Mindestkapitals verbleibende Risikodeckungspotenzial zu 30,2 % durch die quantifizierten Risiken ausgelastet.

Die Angemessenheit der Eigenmittel jedes Kreditinstituts wird durch Rahmenbedingungen der Bankenaufsicht geregelt. Die Gesamtkapitalquote nach CRR betrug am Jahresende 15,0 %. Sie lag damit wie im gesamten Jahr deutlich über der Untergrenze, die Ende 2018 institutsspezifisch bei 10,13 % festgelegt war. Kapitalpuffer und SREP-Zuschläge sind Bestandteil dieser Untergrenze. Die Risikotragfähigkeit der Bank war jederzeit gegeben.

4. PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN

Der Januar 2019 begann auf der Aktienseite freundlicher, als das vergangene Jahr endete. So bewegten sich die Aktienkurse nach oben und machten einen Teil der Verluste des Vorjahres wieder wett.

Vor dem Hintergrund einer schwächer als in den Vorjahren, aber weiterhin wachsenden Weltkonjunktur, der hohen öffentlichen Verschuldung und des unverminderten Einflusses der Politik auf die EZB, gehen wir in 2019 von weiterhin sehr niedrigen Zinsen aus.

Den DAX erwarten wir im gesamten Jahr zwischen 9.800 und 12.800 Punkten sehr volatil, wobei zum Jahresende 2019 aus heutiger Sicht 11.800 Punkte möglich sind.

Durch die „Abschaffung der Zinsen durch die Zentralbanken“ stehen Aktien und Immobilien weiter im Fokus der Anleger. Das dies allein bei den Aktien jedoch nicht für einen ungebremsen Kursanstieg ausreicht, haben wir im vergangenen Jahr gesehen.

Bevorzugte Anlagen in 2019 werden unseres Erachtens neben Immobilien und Gold weiterhin Aktien, hier große internationale Dividendenwerte, sein. Unsere Länderdiversifikation werden wir weiter mit Blick auf die USA, China und rohstoffreiche nordeuropäische Märkte ausbauen.

Im Immobilienbereich erwarten wir auch für das Jahr 2019 in den Metropolregionen eine vom niedrigen Zinsniveau sowie den fehlenden Anlagealternativen begünstigte anhaltende Nachfrage nach Wohnimmobilien, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Nach den Preissteigerungen der Vorjahre gehen wir in unseren Zielregionen Hamburg und Berlin allerdings von weniger dynamischen Steigerungen aus. Eine Immobilienblase ist in beiden Großstädten aus unserer Sicht nicht festzustellen, da sowohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Einkommen, Zinsen, Mieten) als auch die Bevölkerungsentwicklung eher für weitere Preissteigerungen und ein nachhaltig hohes Preisniveau sprechen.

Auf diesen Erwartungen aufbauend sehen wir insgesamt gute Chancen, auch weiterhin unser Geschäft in der Immobilienzwischenfinanzierung erfolgreich betreiben zu können.

Vor diesem Hintergrund planen wir im laufenden Jahr mit einer nahezu unveränderten durchschnittlichen Kreditanspruchnahme bei einer leicht verminderten Zinsspanne. Im Ergebnis erwarten wir ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2018 leicht ermäßigtes Zinsergebnis mit einem Minus im unteren einstelligen Prozentbereich.

Für das Provisionsergebnis insgesamt erwarten wir einen signifikanten Rückgang zwischen 10 % und 20 %. Dabei gehen wir davon aus, dass das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft deutlich nachgeben und in der Vermögensanlage etwas steigen wird.

Hinsichtlich des Vermögensverwaltungs- und Depotvolumens planen wir kursbereinigt für 2019 mit moderaten Steigerungen von ungefähr 5 %.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir unter Berücksichtigung allgemeiner Kostensteigerungen von etwa 5 % gegenüber dem Vorjahr (ohne Einmaleffekte) angesetzt.

Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden auf Basis des erwarteten Ausfallrisikos unseres Kreditportfolios ermittelt und an das Kreditvolumen angepasst. Sondereffekte wie Wertveränderungen im Aktienbestand, aber auch das Risiko, Abschreibungen vornehmen zu müssen, haben wir in der Planung nicht berücksichtigt.

Gefahren für unser Jahresergebnis 2019 bestehen unter Umständen durch ein geringeres Kreditneugeschäft. Ursache hierfür könnten politische Entscheidungen mit negativem Einfluss auf den Wohnungsmarkt sowie eine wider Erwarten starke Zinserhöhung auch zum Nachteil der Immobilieninvestoren sein. Daneben wäre eine Verschärfung der Handelskonflikte

bzw. Schuldenkrise nicht ohne Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Der Eintritt von Naturereignissen und politischen Unruhen sind ebenfalls Faktoren, die sich auf das Geschäft der Bank und das Ergebnis negativ auswirken könnten.

Aufgrund unserer Konzentration auf die uns gut bekannten Zielmärkte im Immobiliengeschäft und der hohen Kundenorientierung in beiden Geschäftsfeldern sowie unserer qualifizierten und engagierten Mitarbeiter sehen wir uns gut gerüstet, die sich bei wirtschaftlichen Veränderungen ergebenden Risiken zu beherrschen und Chancen erfolgreich zu nutzen.

In Abwägung der beschriebenen Faktoren erwarten wir für 2019 ein niedrigeres Ergebnis der Bank.

Hamburg, den 11. April 2019

Der Vorstand



Helmuth Spincke



Thomas Welling

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2018

Aktiva

	31.12.2018		31.12.2017
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. BARRESERVE			
a) Kassenbestand	21		39
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken (darunter: bei der Deutschen Bundesbank)	14.009 <u>(14.009)</u>		6.230 <u>(6.230)</u>
		14.030	6.269
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE			
a) täglich fällig	6.427		1.301
b) andere Forderungen	<u>450</u>		<u>450</u>
		6.877	1.751
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN		228.657	239.400
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE			
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) von öffentlichen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	10.147 <u>(10.147)</u>		10.212 <u>(10.212)</u>
b) von anderen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	1.001 <u>(1.001)</u>		1.003 <u>(1.003)</u>
		11.148	11.215
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		1.111	1.644
6. HANDELSBESTAND		563	724
7. BETEILIGUNGEN		13	13
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13	21
9. SACHANLAGEN		351	452
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		213	44
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		77	53
Summe der Aktiva		<u>263.053</u>	<u>261.586</u>

Passiva

	31.12.2018		31.12.2017	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		53.474	<u>55.276</u>	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	100.390		123.851	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>57.164</u>		<u>35.745</u>	
		157.554	<u>159.596</u>	
		211.028	214.872	
2. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		671	172	
3. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen				
und ähnliche Verpflichtungen	1.149		321	
b) Steuerrückstellungen	710		2.978	
c) andere Rückstellungen	<u>3.433</u>		<u>3.642</u>	
		5.292	6.941	
4. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISEN		13.800	11.004	
<i>(darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)</i>		(0)	(4)	
5. EIGENKAPITAL				
a) gezeichnetes Kapital		6.850	6.850	
b) Kapitalrücklage		2.577	2.577	
c) Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen		20.273	17.023	
d) Bilanzgewinn		<u>2.562</u>	<u>2.147</u>	
		32.262	28.597	
Summe der Passiva		<u>263.053</u>	<u>261.586</u>	
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften				
und Gewährleistungsverträgen		2.417	2.253	
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN				
Unwiderrufliche Kreditzusagen		27.200	24.684	

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. ZINSERTRÄGE			
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	15.085		13.699
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	<u>-25</u>	15.060	-37
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>4</u>	<u>2</u>
		15.064	13.664
2. ZINSAUFWENDUNGEN	446		476
abzgl. positive Zinsen aus dem Einlagengeschäft	<u>-8</u>	438	-6
		14.626	13.194
3. PROVISIONSERTRÄGE	4.347		5.139
4. PROVISIONSAUFWENDUNGEN	<u>426</u>		<u>690</u>
		3.921	4.449
5. NETTOAUFWAND DES HANDELSBESTANDS		68	18
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		266	355
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	3.674		3.444
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (darunter: für Altersversorgung)	1.282 (909)		473 (75)
	<u>4.956</u>		<u>3.917</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>1.789</u>		<u>1.716</u>
		6.745	5.633
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN		91	114
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN		40	780
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		758	2.786

	2018		2017
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		545	0
12. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN		0	19
13. ZUFÜHRUNGEN ZUM FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN <i>(darunter: Auflösung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)</i>		2.796 <u>(4)</u>	1.982 <u>(18)</u>
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		7.770	<u>6.704</u>
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	3.762		3.058
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	<u>0</u>	<u>3.762</u>	<u>0</u> <u>3.058</u>
17. JAHRESÜBERSCHUSS		4.008	3.646
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR		54	1
19. EINSTELLUNGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN		1.500	1.500
20. BILANZGEWINN		<u>2.562</u>	<u>2.147</u>



ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

ALLGEMEINE ANGABEN

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Firma:

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft

Sitz: Hamburg

Registergericht: Amtsgericht Hamburg

Handelsregisternummer: HRB 36936

Vorschriften zur Rechnungslegung

Den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2018 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Vorjahr unverändert beibehalten:

Die Barreserve wird zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Allen erkennbaren Risiken haben wir durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus haben wir Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Einzelwertberichtigungen werden für identifizierte ausfallgefährdete Kredite in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, der sich aus der Forderungshöhe abzüglich der zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten ergibt.

Die Wertpapiere sind entweder dem Anlage- oder dem Handelsbestand zugeordnet. Wertpapiere des Anlagebestands sind nach dem strengen Niederstwertprinzip

bewertet. Das Wertaufholungsgebot wird berücksichtigt. Wertpapiere des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 und 4 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Bewertung erfolgt für sämtliche Wertpapiere auf der Basis von Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag.

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um linear berechnete planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen nehmen wir bei darüber hinausgehender dauernder Wertminderung vor.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Bei der Bewertung wird die Anwartschaftsbarwertmethode zugrunde gelegt.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde durch Bildung entsprechender Rückstellungen Rechnung getragen. Sie werden in Höhe des nach

vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Entsprechend den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung (IDW RS BFA 3 n.F.) „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ haben wir durch eine Berechnung auf der Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nachgewiesen, dass die Bildung einer Rückstellung nach § 340a in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich ist. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zu Grunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir die zukünftigen Periodenergebnisbeiträge des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch anfallenden Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt, die sich voraussichtlich in späte-

ren Geschäftsjahren umkehren. Sie werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze (Körperschaftsteuer 15 %, Solidaritätszuschlag 5,5 %, Gewerbesteuer 16,45 %) und der Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen erwartet wird. Vom Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, die sich nach Saldierung insgesamt ergebenden zukünftigen Steuerentlastungen zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht. Die zukünftigen Steuerentlastungen betreffen im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach § 340f HGB und die Kreditrisikovorsorge.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag ausgewiesen.

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Dabei sind die Aktiv- und Passivwerte, die auf fremde Währung lauten, zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Aufwendungen und Erträge gehen zu den Umrechnungskursen des jeweiligen Buchungstages in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Sämtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche je Währung sind besonders gedeckt. Daher werden neben den Verlusten auch die Gewinne aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Ergebnis (13 Tsd. Euro, Vorjahr 9 Tsd. Euro) wird

unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(Alle Tabellenangaben in Tsd. Euro)

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN	31.12.2018	31.12.2017
Aktivseite		
Andere Forderungen an Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	450 450	450 450
Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	228.657 0 107.216 121.139 302	239.400 0 104.547 134.578 275
Anleihen und Schuldverschreibungen davon: im Folgejahr fällig	11.148 1.001	11.215 0
Passivseite		
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	57.164 55.164 2000	35.745 35.745 0

Anteilige Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten auf-

gegliedert. Der Ausweis erfolgt grundsätzlich im ersten Laufzeitband.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	31.12.2018	31.12.2017
Forderungen an Kunden	1.184	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4	70

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Bedingungen, über die gem. § 285 Nr. 21 HGB zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

Forderungen an Kunden

Dieser Bilanzposten macht rund 87 % der Aktivseite unserer Bilanz aus. Er enthält im Wesentlichen Forderungen aus der Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierung im wohnwirtschaftlichen Bereich.

Nachrangige Forderungen bestehen wie im Vorjahr in Höhe von 850 Tsd. Euro. Sie sind unverändert mit 250 Tsd. Euro einzelwertberichtigt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Bilanzwert von 11.148 Tsd. Euro (Vorjahr 11.215 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 1.111 Tsd. Euro (Vorjahr 1.644 Tsd. Euro) sind börsenfähig und mit Ausnahme von 90 Tsd. Euro börsennotiert.

Handelsbestand

Im Handelsbestand werden unverändert ausschließlich Aktien zum beizulegenden Zeitwert von 563 Tsd. Euro (Vorjahr 724 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Ein Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands wurde zum Bilanzstichtag nicht vorgenommen, da sich wie im Vorjahr keine unrealisierten Bewertungsgewinne für diese Wertpapiere ergaben.

Sämtliche Papiere sind börsenfähig und börsennotiert.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden inner-

halb des Geschäftsjahres nicht geändert.
Umgliederungen von Handels-

lagebestand wurden im Berichtsjahr nicht
vorgenommen.

ANLAGEVERMÖGEN	Wert- papiere	Beteili- gungen	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand Vorjahr	15.278	25	418	739	16.460
Zugänge	0	0	13	36	49
Abgänge	1.243	12	0	97	1.352
Stand 31.12.2018	14.035	13	431	678	15.157
Abschreibungen					
Stand Vorjahr	2.419	12	397	287	3.115
Abschreibungen im Geschäftsjahr	554	0	21	70	645
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	2	0	0	0	2
Abgänge	1.195	12	0	30	1.237
Stand 31.12.2018	1.776	0	418	327	2.521
Restbuchwert					
Stand Vorjahr	12.859	13	21	452	13.345
Stand 31.12.2018	12.259	13	13	351	12.636

Die Sachanlagen betreffen die Betriebs- und
Geschäftsausstattung. Im Laufe des Ge-
schäftsjahres wurden im Zusammenhang

mit Zu- und Abgängen sowie Umbuchun-
gen Abschreibungen in Höhe von 14 Tsd.
Euro (Vorjahr 18 Tsd. Euro) vorgenommen.

BETEILIGUNGEN	Anteil am Kapital	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital	Ergebnis
Verwaltungsgesellschaft OMS mbH, Hamburg	45 %	2017	56	-1
OMS Entwicklungs GmbH & Co. KG, Hamburg	50 %	2017	230	-10



Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten enthält im Wesentlichen den zum Verkauf bestimmten Grundbesitz der Bank in Höhe von 42 Tsd. Euro (wie im Vorjahr) und Steuererstattungsansprüche in Höhe von 170 Tsd. Euro (Vorjahr – Tsd. Euro).

Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten werden überwiegend Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern (586 Tsd. Euro, Vorjahr 99 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag anhand der Anwartschaftsbarwertmethode bemessen. Folgende Parameter wurden der Bewertung zugrunde gelegt:

- Rechnungszinssatz: 3,21 % p.a.
(Vorjahr 3,68 % p.a.)
- Rententrend: 1,00 % bzw. 1,75 % p.a.
(Vorjahr 1,75 %)
- Biometrische Rechnungsgrundlagen:
„Heubeck Richttafeln 2018G“

Der Rechnungszinssatz entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre. Der Zins-

anteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 11 Tsd. Euro (Vorjahr 12 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag zu dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 132 Tsd. Euro (Vorjahr 31 Tsd. Euro). In Höhe dieses Differenzbetrags besteht eine Ausschüttungssperre.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme für unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird nach den für die Ermittlung von Wertberichtigungen geltenden Grundsätzen vorgenommen. Entsprechende Rückstellungen wurden gebildet.

Die anderen Rückstellungen in Höhe von 3.433 Tsd. Euro betreffen insbesondere personalbezogene Rückstellungen (2.025 Tsd. Euro), Rückstellungen im Kreditgeschäft (402 Tsd. Euro) und für ausstehende Rechnungen (388 Tsd. Euro). Auf- und Abzinsungsbeträge von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (17 Tsd. Euro) bzw. Erträgen (4 Tsd. Euro) gezeit.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 6.850 Tsd. Euro und ist eingeteilt in Stück 137.000 Stammaktien zu je 50 Euro.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.577 Tsd. Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen erhöhten sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2018 um 1.750 Tsd. Euro und aufgrund von satzungsmäßigen Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 1.500 Tsd. Euro auf 20.273 Tsd. Euro.

Fremdwährungsvolumina und Termingeschäfte

In den Aktiva werden auf fremde Währungen lautende Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 816 Tsd. Euro (Vorjahr 686 Tsd. Euro) ausgewiesen. Die Passivseite enthält Schuldposten von 792 Tsd. Euro (Vorjahr 676 Tsd. Euro). Schwebende Kassageschäfte oder Devisentermingeschäfte bestehen nicht.

Am Bilanzstichtag bestanden auch keine sonstigen noch nicht abgewickelten Termingeschäfte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden Zahlungsverpflichtungen aus einem langfristigen Miet-

vertrag mit einer Restlaufzeit von sechs Jahren in Höhe von 1.732 Tsd. Euro.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Als Sicherheitsleistung für Wertpapierlieferungen und Devisenhandel sind wie im Vorjahr 450 Tsd. Euro bei einem Kreditinstitut hinterlegt. Für EUREX-Geschäfte sind Aktien mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 275 Tsd. Euro (Vorjahr 695 Tsd. Euro) als Sicherheit bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge

In diesem Posten weisen wir im Wesentlichen die Zinserträge aus der Immobilien-Zwischenfinanzierung von Wohnprojekten aus. Von den Zinserträgen werden negative Zinsen aus Geldanlagen offen abgesetzt.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten fast ausschließlich die Refinanzierungskosten aus unseren Kundeneinlagen. Positive Zinsen auf Einlagen von Kunden haben wir von diesem Posten offen abgesetzt.

Provisionserträge

Die Provisionserträge entfallen im Wesentlichen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung von Wertpapieren sowie auf Entgelte im Rahmen von kurzfristigen Zwischenfinanzierungen im Kreditgeschäft.

Provisionsaufwendungen

Die Aufwendungen für Dienstleistungen im Bereich Vermögensanlage (z.B. Transaktionsentgelte) und Kreditgeschäft (z.B. Vermittlungsprovisionen) werden in diesem Posten ausgewiesen.

Nettoaufwand des Handelsbestands

Der Ausweis betrifft das Handelsergebnis aus Eigenhandelsgeschäften, das Ergebnis aus der Zeitwertbewertung zum Marktpreis und die laufenden Erträge des Handelsbestands.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen (186 Tsd. Euro, Vorjahr 82 Tsd. Euro).

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Veränderung des Postens ist größtenteils durch die Einmalaufwendungen für eine Pensionszusage verursacht.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands wurden gemäß § 340e Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 HGB 4 Tsd. Euro des Sonderpostens aufgelöst.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen führen zu einem vom handelsrechtlichen Ergebnis abweichenden höheren zu versteuernden Einkommen.

Die Ertragsteuern betreffen fast ausschließlich das Geschäftsjahr 2018.

Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Der Bilanzgewinn beträgt 2.562 Tsd. Euro (Vorjahr 2.147 Tsd. Euro). Er enthält auch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 54 Tsd. Euro.

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende

von 2,50 Euro (wie im Vorjahr) je 50 Euro Stammaktie zu zahlen, weitere 2.200 Tsd. Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 19 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden wie im Vorjahr 35 Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Davon waren 16 (Vorjahr 15) weiblich und 19 (Vorjahr 20) männlich. Zum Jahresende 2018 waren acht (Vorjahr neun) Teilzeitkräfte beschäftigt.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE	2018	2017
Abschlussprüfungsleistungen	137	125
Andere Bestätigungsleistungen	33	23
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	11	12
	181	160

Es werden die als Aufwand erfassten Honorare ohne Umsatzsteuer ausgewiesen. Sie betreffen in Höhe von 11 Tsd. Euro das Geschäftsjahr 2017. Die Abschlussprüfungsleistungen betreffen ausschließlich die Jahresabschlussprüfung. Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen in voller Höhe auf Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach §§ 36 und 89 WpHG. Die sonstigen Leistungen umfassen die Anfertigung einer rechtlichen Stellungnahme sowie die unterstützende Begleitung der

Bezüge und Kredite der Organe

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 beträgt 102 Tsd. Euro (Vorjahr 104 Tsd. Euro).

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie der Angabe der Hinterbliebenenbezüge gemäß § 285 Nr. 9b HGB haben wir von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands waren wie im Vorjahr keine Kredite vergeben.

Effizienzprüfung der Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsstätigkeit.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36 (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurde in § 26a

KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen:

Firma:	Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Lage:	Hamburg
Umsatz:	18.767 Tsd. Euro
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:	31 Vollzeitäquivalente
Gewinn vor Steuern:	7.758 Tsd. Euro
Steuern auf Gewinn:	3.762 Tsd. Euro
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	-

Die Bank unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin unterliegt die Bank keiner Konsolidierungspflicht.

Gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ist die Kapitalrendite, berechnet aus Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme offenzulegen. Sie beträgt 1,5 %.

ORGANE

Aufsichtsrat

Guido M. Sollors	Vorsitzender Geschäftsführender Gesellschafter Sollors & Co. (GmbH & Co. KG), Hamburg
Tom Kemcke	stellv. Vorsitzender Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner Sozietät Esche Schümann Commichau, Hamburg
Bettina von Oesterreich (bis 30. Oktober 2018)	Geschäftsführende Gesellschafterin BVO Consult GmbH, Hamburg
Fabian Schröder (ab 11. Dezember 2018 bis 9. März 2019)	Prüfungsassistent (ab 1. Februar 2019) KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg
Günter Sternberg	Rechtsanwalt, Hamburg

Vorstand

Helmuth Spincke	Vorsitzender des Vorstands der Otto M. Schröder Bank AG
Thomas Welling	Mitglied des Vorstands der Otto M. Schröder Bank AG

Hamburg, den 11. April 2019

Otto M. Schröder Bank AG
Aktiengesellschaft



Helmuth Spincke



Thomas Welling

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertrags-

lage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsät-

ze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGS-SACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres

Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Otto M. Schröder Bank AG verweisen wir auf den Anhang der Gesellschaft. Weitere Angaben zur Risikovorsorge finden sich auf den Seiten 5 und 7 des Lageberichts der Otto M. Schröder Bank AG.

Das Risiko für den Abschluss

Die Otto M. Schröder Bank AG weist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 im Zusammenhang mit dem betriebenen Kreditgeschäft Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 228.657 aus. Darin sind in wesentlichem Umfang Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierungen im wohnwirtschaftlichen Bereich enthalten. Zur Risikovorsorge für akute Ausfallrisiken im Kreditgeschäft hat die Bank zum 31. Dezember 2018 Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen gebildet.

Einzelwertberichtigungen sind aufgrund des Vorsichtsprinzips nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB zu bilden, um akuten Ausfallrisiken Rechnung zu tragen. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden ist ermessenbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu

erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten.

Daher war es bei unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, Nachweise zu erlangen, dass akute Ausfallrisiken rechtzeitig identifiziert, die getroffenen wertbestimmenden Annahmen zur Bemessung einer etwaig erforderlichen Risikovorsorge sachgerecht abgeleitet und die Risikovorsorge übereinstimmend in die Buchführung und in den Abschluss übernommen wurde.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung umfasste unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen:

- Wir haben uns im Rahmen von Aufbauprüfungen der Prozesse der Kreditvergabe und -bearbeitung, Kreditüberwachung, Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten, Intensiv- und Problemkreditbearbeitung sowie Risikovorsorgeermittlung inklusive der wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Kontrollen von der Angemessenheit und Implementierung der aus unserer Sicht maßgeblichen internen Kontrollen überzeugt. Hierbei haben wir insbesondere geprüft, ob die Gesellschaft mindestens einmal im Jahr die Kredite hinsichtlich der Einstufung in eine Risikoklasse sowie gegebenenfalls der Bildung notwendiger Einzelwertberichtigungen überprüft hat. Ferner haben
- wir geprüft, ob darüber hinaus anlassbezogene Überprüfungen bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer bzw. bei auftretenden Zahlungsstörungen erfolgten.
- Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfungshandlungen davon überzeugt, dass die schriftlich fixierte Ordnung für die in der Bank definierten Prozesse und Tätigkeiten in Form von Organisationsrichtlinien mit den tatsächlich durchgeführten Aktivitäten übereinstimmen. Für die im Zusammenhang mit dem Risiko der Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden stehenden relevanten Kontrollen haben wir in Stichproben Funktionstests durchgeführt und uns so von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt.
- Darüber hinaus haben wir für unter Risikogesichtspunkten bewusst ausgewählte Krediteinzelfälle insbesondere die Angemessenheit der Risikoklassifizierung und die Notwendigkeit bzw. Angemessenheit einer Einzelrisikovorsorge geprüft. Hierbei wurden uns als Prüfungsnachweise für die zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsströme und Kreditsicherheitenwerte insbesondere die letzten Kreditentscheidungsvorlagen, die aktuelle Bewertung vorhandener Sicherheiten, die vorliegenden Nachweise zum Baufortschritt bei Bauträgerzwischenfinanzierungen sowie die aktuell vorliegenden Unterlagen zur Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditneh-

mer vorgelegt. Ferner haben wir die Angemessenheit der in den Kreditentscheidungsvorlagen verwendeten Parameter, wie Quadratmeterpreise, Größe der finanzierten Wohnungen, Grundstücksflächen sowie erwartete Verkaufspreise beurteilt.

Unsere Schlussfolgerungen

Die der Bemessung der Einzelrisikovorsorge im Kreditgeschäft zugrunde liegenden Annahmen wurden sachgerecht abgeleitet. Die identifizierte und mithilfe der getroffenen Annahmen bemessene Risikovorsorge wurde übereinstimmend in die Buchführung und in den Abschluss übernommen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grund-

sätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu

ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-AprVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsät-

ze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und

den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage

der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungs-

urteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ART. 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 15. Mai 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 29. Oktober 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2003 als Abschlussprüfer der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Andreas Olschewski.

Hamburg, den 11. April 2019

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Olschewski
Wirtschaftsprüfer

Gossen
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2018 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben sorgfältig wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und geprüft. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank waren, frühzeitig eingebunden und hat insbesondere die strategische Weiterentwicklung beratend begleitet.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die Geschäftsentwicklung, die Planung, die Projekte und die Situation der Bank einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Dazu erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand unter anderem monatlich einen detaillierten Bericht über die aktuelle Geschäfts- und Risikosituation sowie quartalsweise den ausführlichen Risikobericht. Darüber hinaus informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über neue Kredite ab einer bestimmten Größenordnung und Risikoklasse. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen hat der Vorstand im Einzelnen mit dem Aufsichtsrat ausführlich erläutert. Der Aufsichtsrat konnte stets ein aussagefähiges Bild von der Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage der Bank gewinnen.

Der Aufsichtsrat kam im Geschäftsjahr 2018 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Über eilbedürftige Angelegenheiten wurde zudem schriftlich entschieden.

Am 30. Oktober 2018 ist Frau Bettina von Oesterreich aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Aufsichtsrat dankt Frau von Oesterreich für ihre engagierte Tätigkeit. Am 11. Dezember 2018 wurde Herr Fabian Schröder zum Aufsichtsratsmitglied der Bank gewählt, gab sein Mandat aber am 9. März 2019 im Zusammenhang mit der Aufnahme seiner Tätigkeit bei der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wieder ab.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem in der ordentlichen Hauptversammlung am 15. Mai 2018 gewählten Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung führte zu keinen Einwendungen. Danach vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft. Der Prüfungsbericht

wurde allen Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 7. Mai 2019 teil. Er erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete Fragen zum Jahresabschluss und zum Prüfungsbericht.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft und das Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat daher in seiner Sitzung am 7. Mai 2019 den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Geschäftsjahr 2018 geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Hamburg, den 7. Mai 2019

Guido M. Sollors
Vorsitzender des Aufsichtsrats



OTTO M. SCHRÖDER BANK AG

Axel-Springer-Platz 3
20355 Hamburg

Tel.: (040) 359 28-0

Fax: (040) 359 28-101

www.schroederbank.de